

## Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 23. April 2020

### **Alternativantrag**

Entlastung der Gemeinden durch bedarfsgerechte Rückzahlung  
der in den Jahren 2018 und 2019 von den Gemeinden zusätz-  
lich erhobenen Kreisumlage

#### **Beschluss:**

1. Der Landrat wird ermächtigt, den Städten und Gemeinden des Kreises, die durch die Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten, konkret und punktgenau finanziell zu unterstützen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt dem Landrat die Einstellung von zusätzlichem Personal, sollte die Kreisverwaltung dieses zur zügigen Bewältigung der Corona-Krise benötigen, z. B., aber nicht nur, im Gesundheitsbereich.
3. Der durch die Umsetzung dieses Antrags benötigte finanzielle Betrag darf die Summe nicht überschreiten, die der Kreis durch die zusätzlich erhobene Kreisumlage in den Jahren 2018 und 2019 erwirtschaftet hat.

#### **Begründung:**

Im Gegensatz zum Antrag der FDP sollen die Unterstützungszahlungen des Kreises bei unserem Antrag nicht nach dem pauschalen Gießkannenprinzip einer Abgabensenkung gewährt werden, sondern orientieren sich an der Notlage der jeweiligen Kommune.

Mit dem Vorschlag DER LINKEN wird ein Teil der Kreisumlage, mit der die Städte und Gemeinden den Kreis in schwierigen Zeiten unterstützt haben, wieder an die Kommunen zurückerstattet, je nachdem, wie die akute Notlage dort aussieht. Für das Jahr 2020 ist das einzusetzende Geld im Kreis vorhanden.

Wir weisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Pflicht von Bund und Land hin, für die Kommunen die finanzielle Mindestausstattung zur Bewältigung ihrer Ausgaben sicher zu stellen.

Der Antrag DER LINKEN verschafft dem Landrat den Handlungsspielraum, den er in der Corona-Krise braucht, um handeln zu können: schnell, direkt und unbürokratisch. Die maximale Belastung für den Kreis ist durch den Antrag finanziell nach oben begrenzt.

Bei dem Antrag DER LINKEN muss der Landrat nicht erst zeitraubend mit den Gemeinden neu über die Kreisumlage verhandeln, muss der Kreis nicht auf Dauer auf einen Betrag der jetzigen Kreisumlage verzichten, deren Höhe nach der Leistungsfähigkeit des Kreises vereinbart wurde.

Bei dem Antrag DER LINKEN wird der Kreis nicht gezwungen, sein Leistungsangebot, wie im FDP-Antrag gefordert, zu verringern und damit die Dienstleistung für die Bürger und Bürgerinnen einzuschränken.

Es sind die Kommunen im Kreis, die das gesellschaftliche Leben am Laufen halten. Weder die Kommunen noch der Kreis können aber für die aktuelle Krisensituation verantwortlich gemacht werden. Sie haben auch keinen Einfluss auf das Wegbrechen von Steuereinnahmen. Bei drohender Zahlungsunfähigkeit müssen die Kommunen deshalb unterstützt werden, und zwar hinreichend.

Sollte die Unterstützung der Kommunen durch den Kreis allein nicht ausreichen, dann sind Bund und das Land gefordert, denn jede einzelne Kommune hat einen Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung für ihre Aufgaben. Anstatt die Einnahmen unseres Kreises durch eine Absenkung der Kreisumlage zu verringern sollten die Kreistagsabgeordneten eher geschlossen einen höheren Steueranteil zur Erfüllung ihrer Aufgaben fordern, etwa bei der Gewerbesteuer. Hier gilt es, die laufenden Gespräche und Verhandlungen abzuwarten.

Die FDP-Einsparungsforderung an den Kreis kommt zu einer Zeit, in der alle Parteien die Maßnahmen der Bundesregierung begrüßen, die ergriffen wurden, um die zum Teil verheerenden Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigten, auf die Unternehmen, auf Städte und Gemeinden abzuschwächen, um Insolvenzen zu vermeiden.

Jetzt ist die Zeit für Ausgaben, um die wirtschaftlichen Kapazitäten der Unternehmen aufrecht zu erhalten, damit die Wirtschaft nach der Krise möglichst schnell wieder voll umfänglich ihren Versorgungsauftrag erfüllen kann. Genauso muss heute dafür gesorgt werden, dass es nach der Corona-Krise im Kreis noch eine vielseitige Kulturlandschaft gibt; dass das Ehrenamt weiter wie bisher unterstützt wird, wie auch der Sport, die Wirtschaftsförderung, der Tourismus, die Frauenhäuser, der soziale Bereich insgesamt, usw.

Manfred. Küter  
Wallsbüll, 23. April 2020